

**1. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 22. August 2013,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 20.40 Uhr**

Anwesend sind: 44 Ratsmitglieder (von 49 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Sarah Früh, 4. Sandro Gervasoni, 5. Alexandra Kämpf,
6. Urs Knapp, 7. Dr. Max Pfenninger, 8. Daniel Probst, 9. Thomas Rauch, 10. Simone Sager,
11. Deny Sonderegger

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Tabitha Germann,
5. Eugen Kiener, 6. Huguette Meyer Derungs, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Renata Pfeiler,
9. Daniel Schneider, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehram, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy,
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou (bis 20.30 Uhr), 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller, 2. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber,
5. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. André Köstli, 4. Kilian Schmidiger,
5. Christian Werner (bis ca. 19.30 Uhr), 6. Gert Winter

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport

Entschuldigt abwesend:

Thomas Frey
Lukas Derendinger
Thomas Pfluger
Michael Neuenschwander
Dr. David Wenger

Vorsitz: Dieter Ulrich

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Eröffnung der Amtsperiode 2013/14 durch den Alterspräsidenten
 2. Vereidigung der Ratsmitglieder und der Mitglieder des Stadtrates durch den Stadtpräsidenten
 3. Wahl eines Präsidenten/einer Präsidentin, der beiden Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen und der Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen des Parlamentes
 4. Übernahme des Vorsitzes durch das neugewählte Präsidium mit Antrittsrede
 5. Mitteilungen
 - *5a Dringliche Interpellation Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Begegnungszone Innenstadt – neue Gefahren für Schulkinder/Frage der Dringlichkeit
 6. Wahl der Geschäftsprüfungskommission
 7. Stadtrat, Direktionszuteilungen und Stellvertretungen/Genehmigung
 - *7a Dringliche Interpellation Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Begegnungszone Innenstadt – neue Gefahren für Schulkinder/Beantwortung
- * Ergänzung der Traktandenliste

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 1

Eröffnung der Amtsperiode 2013/2017 durch den Alterspräsidenten

Alterspräsident Gert Winter eröffnet die heutige Sitzung und damit die Amtsperiode 2013/2017 mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Stadträtin, sehr geehrte Stadträte
Geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Mitarbeitende der Stadtverwaltung
Liebe Gäste

Ich begrüsse Sie alle herzlich zur konstituierenden Sitzung des Gemeindeparlamentes. Ein besonderer Gruss gilt den zehn neugewählten Mitgliedern. Sie haben von der Stadtbevölkerung den Auftrag erhalten, zusammen mit den bisherigen Mitgliedern in den nächsten vier Jahren das Wohl dieser Stadt nach Kräften zu fördern, was immer das im Einzelnen für Sie bedeuten mag. Auch der Schweizerische Bundesrat versucht Analoges auf nationaler Ebene zu erreichen; so hat er nach dem AKW-Unglück von Fukushima eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollzogen. Von diesem Entscheid zum Atomausstieg ist die Stadt Olten – Sie wissen es längst alle – insoweit besonders betroffen, als der grösste Steuerzahler der Stadt mittlerweile eher kein finanzielles Klumpenrisiko mehr für die Stadt darstellt, leider. Und weil unterdessen aufgrund der eidgenössischen Energiepolitik erhebliche Subventionen fliessen, die das Preisgefüge auf dem Energiemarkt zu Ungunsten der traditionellen Energieproduzenten verändern, haben wir derzeit auch keine Veranlassung, inskünftig mit einer Erholung des Steuerertrags dieser Firma auf das gewohnte Niveau zu rechnen. Es zeigt sich anhand dieser Beispiele, welche beliebig vermehrbar wären, dass politische Entscheide oftmals mit an sich unerwünschten und langfristigen Nebenwirkungen verknüpft sind. Das gilt selbstverständlich auch für die Entscheide, die wir auf kommunaler Ebene zu treffen haben. Die Krux besteht bedauerlicherweise darin, dass die schädlichen Folgen – wenn überhaupt – zumeist nicht sofort sicht- und quantifizierbar sind, ganz im Gegensatz zum politischen Erfolg, der sofort gefeiert werden kann und publikumswirksam ist. Nicht von ungefähr stochert denn das hier versammelte Kollektiv bei der Verfolgung des Wohls dieser Stadt immer wieder einmal im Nebel und weiss zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung nicht wirklich, ob die angestrebten politischen Ziele, z.B. die Attraktivierung der Stadt, mit den gewählten Mitteln erreichbar sind oder eben doch nicht so ganz. Weil dem unvermeidlicherweise so ist und eine Vielzahl von Ideen, wofür die Stadt mehr Geld ausgeben könnte, einem vorerst schwindsüchtigen Steuerertrag gegenüberstehen, erwarte ich in der nächsten Zukunft härtere politische Auseinandersetzungen um einzelne Projekte. Das ist überhaupt nicht per se schlecht. Doch werden wie in der Vergangenheit auch grössere politische Enttäuschungen nicht ausbleiben können. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang tröstlich, sich hin und wieder an ein geflügeltes Wort eines überaus erfolgreichen französischen Diplomaten und Staatsmannes, nämlich von Charles Maurice de Talleyrand (1754 – 1838) zu erinnern: „Niemand vermag zu sagen, wie viele politische Dummheiten aus Mangel an Geld schon verhindert worden sind.“ Unter diesem Gesichtspunkt würde ich dazu anregen, die aktuelle Situation der städtischen Finanzen nicht nur als Handicap sondern auch als Chance bei der politischen

Entscheidfindung zu begreifen. Für diesen Prozess wünsche ich den Teilnehmenden in den nächsten vier Jahren Gelassenheit, Erfolg und natürlich auch Spass an unseren Auseinandersetzungen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und erkläre die Sitzung als eröffnet.

Gert Winter“

Es folgt Applaus.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 2

Vereidigung der Ratsmitglieder durch den Stadtpräsidenten

„Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte
Liebe Kollegin und liebe Kollegen des Stadtrates
Sehr verehrte Gäste

Ich möchte vorweg unserem Alterspräsidenten für die würdigen und auch aufmunternden Eingangsworte sowie für die Eröffnung dieser Sitzung ganz herzlich danken. Aber auch Ihnen allen, verehrte Mitglieder des Gemeindesparlamentes, möchte ich zur Neu- oder Wiederwahl gratulieren. Sie haben sich heute zur konstituierenden Sitzung eingefunden. Heute stehen auch schon Wahlen und Abstimmungen an, die Sie vornehmen werden. Das ist auch richtig so, stehen doch in der neuen Amtsperiode wichtige und für unsere Stadt auch zukunftsweisende Entscheidungen an. Bevor Sie aber Ihren Amtspflichten als Volksvertreterinnen und Volksvertreter nachkommen können, sind Sie verpflichtet, das Amtsgelöbnis abzulegen. Es ist mir eine grosse Freude und auch Ehre, als Stadtpräsident diesen feierlichen Akt der Vereidigung vornehmen zu dürfen und Ihnen quasi zu diesen höheren Weihen zu verhelfen.

Beim Amtsgelöbnis geht es im Wesentlichen darum, dass Sie auf Ihre Amtspflichten eingeschworen werden und gegenüber Verfassung und Gesetz auch eine Treueverpflichtung abgeben.

Die Grundpfeiler unseres Staatswesens sind unverrückbar in den ersten Artikeln der Bundesverfassung erwähnt und müssen für uns alle Politikerinnen und Politiker Aufgabe und Auftrag zugleich sein, im Wissen darum, dass Politik keine exakte Wissenschaft ist.

Die Bundesverfassung verlangt von uns allen Verantwortung gegenüber der Schöpfung, die Wahrung der Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit, den Frieden in Solidarität, die Offenheit gegenüber der Welt, die Rücksichtnahme und die Achtung der Vielfalt und die Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Weiter hat auch jede Person Verantwortung für sich selber wahrzunehmen und nach Kräften zur Bewältigung von Aufgaben im Staat und in der Gesellschaft beizutragen.

Wir alle, Sie als Mitglieder des Gemeindeparlamentes, aber auch wir Mitglieder des Stadtrates, haben den unmissverständlichen Auftrag, uns für das Wohl unserer Stadt und unserer Bevölkerung einzusetzen. Auch wenn die politischen Ideen und Ausrichtungen nicht immer die gleichen sind, die Zielsetzung ist klar: Wir wollen Lösungen finden und nicht Probleme suchen. Das will unsere Bevölkerung spüren und erfahren und das darf auch von uns allen erwartet werden.

Ich bitte nun alle Anwesende, sich von den Sitzen zu erheben und die Mitglieder des Gemeindeparlamentes, nach Vorlesen des Gelöbnistextes mir nachzusprechen: Ich gelobe es!“

Zum feierlichen Akt der Vereidigung erheben sich alle Anwesenden von den Sitzen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey verliest das Gelöbnis:

“Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.”

Die anwesenden Parlamentsmitglieder sprechen hierauf:

”Ich gelobe es.”

Somit haben das Gelöbnis abgelegt:

1. von Arx Dr. Christine
2. Balkaç Ramazan
3. Borner Matthias
4. Bossart Meier Sonja
5. Braun Rolf
6. Dähler Daniel
7. Ehram Heidi
8. Eng Heinz
9. Engeler Anna
10. Fink Dr. Christoph
11. Frey Schär Myriam
12. Früh Sarah
13. Germann Tabitha
14. Gervasoni Sandro
15. Haller Simon
16. Hasspacher Beate
17. Hodonou Stephan
18. Huber Anita
19. Jakob Luisa
20. Jeisy-Strub Muriel
21. Kämpf Alexandra
22. Känzig Doris
23. Kiener Eugen
24. Knapp Urs
25. Köstli André
26. Meyer Huguette
27. Moor Dr. Rudolf
28. Pfeiler Renata
29. Pfenninger Dr. Max
30. Probst Daniel
31. Rauch Thomas
32. Rudolf von Rohr Roland
33. Sager-Roth Simone
34. Schaffner Beatrice
35. Schmidiger Kilian
36. Schneider Daniel
37. Sonderegger Deny Steve
38. Steffen Marcel
39. Uebelhart Dr. Arnold

40. Ulrich Dieter
41. Wälchli Schaffner Marlène
42. Werner Christian
43. Wettstein Felix
44. Winter Gert

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich danke Ihnen vielmals und wünsche uns allen ein für die Stadt Olten erfolgreiches politisches Handeln.

Mitteilung an:
Oberamt Olten-Gösgen (2)
Stadtschreiber
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 3

Wahl des Präsidiums, des Vizepräsidiums und der Stimmenzähler und Stimmenzählerin des Parlamentes

Wahl des Parlamentspräsidenten

Gert Winter: Vorgeschlagen ist von der SP-Fraktion Dieter Ulrich.

Beschluss

Einstimmig wird gewählt als

Parlamentspräsident: Dieter Ulrich (SP)

Gert Winter gratuliert Dieter Ulrich herzlich und wünscht ihm im Namen aller Anwesenden ein erfolgreiches Präsidialjahr. Es folgt Applaus.

Wahl der Vizepräsidien

Gert Winter: Vorgeschlagen als 1. Vizepräsident ist von der Fraktion CVP/EVP/GLP Marcel Steffen.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird gewählt:

1. Vizepräsident Marcel Steffen (CVP)

Gert Winter gratuliert Marcel Steffen herzlich. Es folgt Applaus.

Gert Winter: Vorgeschlagen als 2. Vizepräsidentin ist von der FdP-Fraktion Sarah Früh.

Beschluss

Einstimmig bei 1 Enthaltung wird gewählt:

2. Vizepräsidentin Sarah Früh (FDP)

Gert Winter gratuliert Sarah Früh herzlich. Es folgt Applaus.

Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

Gert Winter: Vorgeschlagen sind:

Uebelhart Arnold (SP)
Känzig Doris (SVP)
Sager-Roth Simone (FdP)

Beschluss

Einstimmig bei 3 Enthaltungen werden in globo für die Amtsperiode 2013/2017 folgende **Stimmzählerin und Stimmzähler** gewählt:

- 1. Uebelhart Arnold (SP)**
- 2. Käzig Doris (SVP)**
- 3. Sager-Roth Simone (FdP)**

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Stadtkanzlei
Kommissionsverzeichnis

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 4

Übernahme des Vorsitzes durch das neu gewählte Präsidium mit Antrittsrede

Parlamentspräsident Dieter Ulrich hält folgende Antrittsrede:

„Sehr geehrter Stadtpräsident
Sehr geehrte Stadträtin, sehr geehrte Stadträte
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Werte Gäste, Medienvertreter und Mitarbeiter der Stadt Olten

Ich möchte mich zuerst bei allen Parlamentskolleginnen und –kollegen für die Wahl und das entgegengebrachte Vertrauen herzlich bedanken. Bis vor ein paar Monaten war der Gedanke, dass ich heute hier vorne als Parlamentspräsident Platz nehme, in weiter Ferne. Erst mit der Wahl von Thomas Marbet, der ja designierter Präsident war, in den Stadtrat hat sich diese Möglichkeit eröffnet. Durch diese Konstellation hatte ich nicht so viel Zeit, mich auf das neue Amt vorzubereiten und daran zu gewöhnen, wie es sonst üblich gewesen wäre. Deshalb bin ich auf der Suche nach einem Thema für meine Antrittsrede von etwas Naheliegenderem ausgegangen, von mir selber. Von meiner Ausbildung her bin ich Historiker. Andererseits arbeite ich beruflich schon länger im Finanzbereich. So möchte ich im ersten Teil meiner Rede einen Exkurs in die politische Geschichte Oltens machen und mich anschliessend der Gegenwart und Zukunft zuwenden, wo ja die Finanzen, wie wir es heute schon gehört haben, eine wesentliche Rolle spielen und weiter spielen werden.

Ich möchte auf drei Ereignisse zurückblicken, die alle dieses Jahr einen „runden Geburtstag“ feiern. Vor ziemlich genau 40 Jahren, am 6. September 1973, kamen der Stadtrat und das Gemeindeparlament zum ersten Mal in dieser Form zusammen. Vorher hatte Olten wie alle anderen Gemeinden in diesem Kanton eine ordentliche Gemeindeorganisation mit einem Gemeinderat und einer Gemeindeversammlung. Wir können also nachher beim Apéro nicht nur auf die neue Legislatur anstossen, sondern auch auf unseren 40. Geburtstag als Parlament. Damals 1973 sassen hier 49 Männer und eine Frau im Rat, verteilt auf vier Parteien. Der fünfköpfige, damals vollamtliche Stadtrat, war eine reine Männerdomäne. Wenn man heute in die Runde blickt, zeigt sich eindeutig ein vielfältigeres Bild. Ich denke, das ist auch gut so. Als man damals anfangs Siebziger Jahre in Olten diesen Entscheid zum Wechsel zur ausserordentlichen Gemeindeorganisation getroffen hat, hatte die Stadt noch deutlich über 20'000 Einwohner. Man hat damals auch noch mit einem weiteren Wachstum gerechnet. Wie wir alle wissen, ist es anders gekommen. Man ist dann heute aber wieder an einem Punkt, wo wir erneut davon ausgehen oder mit einem Wachstum für diese Stadt planen, wenn auch jetzt von einem bedeutend tieferen Niveau aus.

Zehn Jahre später, 1983, gab es ein anderes Novum. Ich weiss gar nicht, ob Max damals schon dabei war. Es war so, dass zum ersten Mal eine Frau den Ratsvorsitz übernommen hat. Der Zufall will es, dass es meine Mutter war und dass sie damals gleich alt war, wie ich heute.

Wiederum zehn Jahre später, 1993, fand der Wechsel von den hauptamtlichen zu nebenamtlichen Stadträten statt. Statt fünf sassen dann sieben Stadträte hier vorne, von denen nur noch der Stadtpräsident ein Vollamt bekleidete. Und nach 20 Jahren haben auch zum ersten Mal Frauen vorne Platz genommen und dann gleich drei aufs Mal. Dieser Wechsel von den Vollämtern zu den Nebenämtern war mit einer Revision der Gemeindeordnung verbunden. Ein Thema, das uns sicher auch in unserer Legislatur wieder beschäftigen wird. Einerseits gibt es Punkte, die durch vergangene Beschlüsse, die wir getroffen haben, wie zum Beispiel Sozialregion, schon lange angepasst werden sollten. Zum Anderen wird es aber sicher auch wieder Gelegenheit geben, darüber zu diskutieren, ob die Form der Organisation, wie wir sie heute haben, mit einem 50-köpfigen Parlament, vier nebenamtlichen Stadträten und einem vollamtlichen Stadtpräsidium immer noch als geeignet angeschaut wird. Das ist im Übrigen eine Diskussion, die in diesen 40 Jahren immer wieder geführt worden ist und auch immer wieder unterschiedlich beurteilt worden ist.

So bin ich nun schon wieder von der Vergangenheit in der Gegenwart und auch in der Zukunft angekommen und damit auch bei den Finanzen, dem Thema, das uns sicher noch einige Zeit intensiv beschäftigen wird. Meine Vorgängerin als Ratspräsidentin, Anna Engeler, wie jetzt auch der Alterspräsident, Gert Winter, haben dies auch schon thematisiert. Ich möchte auch darauf zu sprechen kommen, wenn auch ohne Gespenster. Für mich persönlich ist klar: Geregelte Finanzen sind wichtig, im Privaten wie in der Wirtschaft und der Politik. Nur wenn die Finanzen in Ordnung sind, kann man dauerhaft erfolgreich sein. Aber bei aller Wichtigkeit sehe ich die Finanzen in der Politik nur als Nebenbedingung. Die Finanzpolitik sollte nicht der Hauptzweck der Politik sein und alle anderen Bereiche dominieren. Nicht die Zahlen sollten im Mittelpunkt unseres Schaffens stehen, sondern die Leute. Leute, die von unseren Entscheidungen mehr oder weniger direkt immer betroffen sind. Niemand läuft mit einem Taschenrechner durch die Stadt und rechnet sich aus, wie gut es ihm hier gefällt und wie wohl er sich fühlt. Entscheidend ist vielmehr, wie das Zusammenleben in der Stadt läuft, ob man hier Freunde und Bekannte hat und trifft, ob man ein passendes Einkaufs- und Freizeitangebot hat, ob man sich sicher fühlt, um nur ein paar Punkte zu nennen. All dies sollten wir bei der notwendigen Fokussierung auf unsere Finanzsituation auf keinen Fall aus den Augen verlieren.

Die Wahlen und der Wahlkampf sind jetzt vorbei, wir sollten die damit verbundenen Auseinandersetzungen und Geplänkel jetzt hinter uns lassen und mit der konkreten parlamentarischen Arbeit beginnen. Es stehen schwierige Entscheidungen an, die sicher zu hitzigen Debatten führen werden. Das ist auch gut so, Auseinandersetzungen sind wichtig und nötig. Aber ich erwarte auch, dass sie konstruktiv und fair geführt werden. Denn bei allen politischen und auch weltanschaulichen Differenzen, die wir haben werden, sollte man den anderen nie absprechen, dass sie nicht auch gute Argumente haben und dass sie nicht ebenfalls auch zum Wohl der Stadt und ihren Einwohnern politisieren, so wie wir es vorher auch gelobt haben. Wir sollten stolz sein auf unsere 40-jährige parlamentarische Arbeit, die hier schon geleistet worden ist, diese erfolgreich weiterführen und vor allem froh sein, dass wir unsere Differenzen hier in einem gesitteten Rahmen austragen können. Gerade die aktuellen Ereignisse in Ägypten, aber auch immer wieder an anderen Orten in der Welt zeigen, dass dies überhaupt nicht eine Selbstverständlichkeit ist. Das sollten wir immer gebührend schätzen.

Zum Schluss noch eine Bitte, sie wurde in der Vergangenheit auch schon mehr oder weniger erfolgreich geäußert: In der Zukunft werden viele Geschäfte zu behandeln sein und obwohl in unserer Geschäftsordnung steht, dass die Sitzungen in der Regel die Dauer von drei Stunden nicht überschreiten sollten, ist dies mehr eine Ausnahme, die absolute Ausnahme, als die Regel. Daher meine Bitte im Sinne eines effizienten Ratsbetriebes: Beschränkt eure Voten auf das Wesentliche. Dann kommen wir einerseits besser vorwärts und zum Anderen liegt bekanntlich in der Kürze die Würze.

Ich freue mich jetzt auf ein ereignisreiches Amtsjahr, auf interessante Ratssitzungen und wünsche uns allen einen guten Start in die neue Legislatur.

Besten Dank.

Dieter Ulrich“

Es folgt Applaus.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Dieter Ulrich:

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 23. Mai 2013 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Schulordnung/Totalrevision
(*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 30. Mai 2013 und die Referendumsfrist ist am 29. Juni 2013 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

* * *

September-Sitzung

Markus Dietler hat mich gebeten, Euch mitzuteilen, dass die September-Sitzung bereits um 18.00 Uhr beginnen wird. Wir werden an diesem Abend eine ganze Reihe von wichtigen Geschäften haben und werden sich nicht durchkommen, wenn wir erst um 19.00 Uhr beginnen. Ich bitte Euch, dies dementsprechend vorzumerken.

* * *

Terminplan 2014

Wie Ihr gesehen habt, liegen bei Euren Unterlagen auch die Termine des nächsten Jahres auf.

* * *

Umfrage betr. Versand Unterlagen

Im Weiteren wurde auch eine Liste bezüglich der Motion von Dr. Markus Ammann wegen des elektronischen Versands der Sitzungsunterlagen verteilt. Dort könnt Ihr angeben, ob Ihr sie nur elektronisch, in Papierform und elektronisch oder nur schriftlich möchtet. Ich bitte Euch, dies entsprechend auszufüllen und bei Erika Brunner abzugeben.

* * *

Totenehrung

Am 26. Juli 2013 ist Dr. Adolf Otto Kellerhals verstorben. Er war alt Oberrichter und für die Stadt sass er von 1961 bis 1977 in der Polizeikommission ein, von 1973 bis 1977 als deren Präsident und von 1961 bis 1973 war er in der Kilbikommission.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 5

Dringliche Interpellation Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Begegnungszone Innenstadt – neue Gefahren für Schulkinder/Frage der Dringlichkeit

Thomas Rauch: Die Begründung der Dringlichkeit ist folgende: Die aktuelle Situation ist für die Verkehrsteilnehmer, insbesondere die schwächsten Gruppen wie Schüler, Kinder im Vorschulalter, ältere Personen und Behinderte zur Zeit mit unzumutbaren Risiken behaftet und verlangt aus meiner Sicht nach einer raschen Klärung. Ich denke, das ist auch im Sinne der Automobilisten, weil sie nämlich auch verunsichert sind. Die Dringlichkeit macht Sinn, weil der Stadtrat an sich per sofort über den erforderlichen Handlungsspielraum zur Fixierung des Perimeters zur Ausgestaltung verfügt. Somit ist auch klar, wo eigentlich die Verantwortung von dem, was wir jetzt haben, von dieser Ausgestaltung, liegt. Das Echo in der Bevölkerung lässt eigentlich klare Rückschlüsse zu und es wäre angezeigt, dass man sich rasch überlegen würde, wie man hier etwas zur Verbesserung umsetzen kann. Besten Dank.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Der Stadtrat beantragt die Dringlichkeit.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Wir danken Thomas für die Einreichung dieser Interpellation. Wir sind auch sehr froh darüber, dass der Vorstoss von bürgerlicher Seite kommt. So sind die Chancen gross, dass wir heute über das Sachthema reden werden. Es ist uns bewusst, dass gerade Regimeänderungen im Bereich von Strassen und Trottoirs eine relativ lange Angewöhnungszeit haben. Gewohnte Wege müssen verlassen werden, müssen erkundet und erlernt werden. Unser Fokus ist nicht allein bei den Schulkindern, aber auch. Im Falle der Begegnungszone (selbstverständlich um die Kirchgasse) scheint es uns aber jetzt der richtige Zeitpunkt zu sein, dass man die Finger auf die wunden Punkte halten kann und Korrekturen anregen darf. Es ist offensichtlich, dass ausschliesslich die juristisch notwendigen Massnahmen gemacht wurden, nicht aber die Chance, die uns dieser Raum bieten würde, im Sinne eines Mehrwertes für den Besucher und das Gewerbe, ausgenützt wurde. Es gibt dazu ja zahlreiche Hinweise aus der einschlägigen Literatur, die offenbar in Olten gänzlich ausgeblendet wurden. Wir werden der Dringlichkeit grossmehrheitlich zustimmen.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Fehlende Fussgängerstreifen sind in Olten seit Kurzem generell ein Sicherheitsproblem. Die Dringlichkeit ist gegeben, weil Autofahrer verunsichert und Fussgänger gefährdet sind. Wegen entfernten Fussgängerstreifen hat es im Bereich Ringstrasse kürzlich fast einen Unfall gegeben und wegen einer Petition von besorgten Eltern im Säliquartier hat man bereits entfernte Streifen teilweise wieder aufgemalt. Die Mehrheit der SVP unterstützt die Dringlichkeit, damit solche Vorfälle aufhören und die Sicherheit für die schwachen Verkehrsteilnehmer in kurzer Zeit wieder hergestellt werden kann. Zusätzliche Verbauungen in der Kirchgasse braucht es nach Meinung der SVP aber nicht. Hier ist jetzt auch das nötige Geld nicht vorhanden.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Grundsätzlich finden wir es sehr gut, dass in der Innenstadt eine Begegnungszone mit Tempo 20 und Fussgängervortritt vorhanden ist, aber auch, dass ringsherum Tempo 30 eingeführt wurde. Wir teilen auch die Bedenken des Vorstosses, denn die baulichen Massnahmen sind minim. Die Polizei hat die einzigen gestalterischen Massnahmen ergriffen, die sie machen kann: Sie hat Abstellgitter zur Abtrennung der Kernzone aufgestellt. Das ist besser als nichts, sieht aber provisorisch und schäbig aus. Ich habe mir noch einige Gedanken gemacht, was man machen könnte. Ich würde dies, wenn es weiter geht, noch ausführen und jetzt einfach kurz und bündig zusammenfassen: Wir unterstützen die Dringlichkeit.

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 6

Wahl der Geschäftsprüfungskommission

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Es ist üblich, die Geschäftsprüfungskommission jeweils in globo zu wählen. Vorgeschlagen sind:

SP/Junge SP

von Arx Dr. Christine
Pfeiler Renata
Moor Dr. Rudolf

FDP

Eng Heinz
Kämpf Alexandra

CVP/EVP/GLP

Fink Dr. Christoph
Rudolf von Rohr Roland

SVP

Borner Matthias

Grüne

Wettstein Felix

Beschluss

Mit 39 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen sind folgende Mitglieder in globo in die Geschäftsprüfungskommission gewählt:

SP/Junge SP

von Arx Dr. Christine
Pfeiler Renata
Moor Dr. Rudolf

FdP

Eng Heinz
Kämpf Alexandra

CVP/EVP/GLP

Fink Dr. Christoph
Rudolf von Rohr Roland

SVP

Borner Matthias

Grüne

Wettstein Felix

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Ich gratuliere den Gewählten.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Stadtkanzlei
Kommissionsverzeichnis

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 7

Stadtrat, Direktionszuteilungen und Stellvertretungen/Genehmigung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Gemäss Art. 23 lit. g und Art. 39 der Gemeindeordnung vom 28. September 2000 genehmigt das Gemeindeparlament die Direktionszuteilung im Stadtrat. Ferner ist auch die Stellvertretung zu regeln.

An seiner Sitzung vom 26. Juni 2013 hat das Gemeindeparlament die beantragte Direktionszuteilung und Stellvertretungen mit 21:17 Stimmen zurückgewiesen:

<i>Direktion</i>	<i>Zuständiges Stadratsmitglied</i>	<i>Stellvertreter/in</i>
Baudirektion	Martin Wey	Benvenuto Savoldelli
Finanzen und Informatik	Thomas Marbet	Peter Schafer
Bildung und Sport	Benvenuto Savoldelli	Iris Schelbert
Öffentliche Sicherheit	Iris Schelbert	Thomas Marbet
Sozialdirektion	Peter Schafer	Martin Wey

An drei Terminen hat der Stadtrat die zurückgewiesene Direktionszuteilung überarbeitet und beantragt einvernehmlich dem Parlament, folgende Zuständigkeiten inklusive Stellvertretungen zu genehmigen (die Direktion Präsidium hat Stadtpräsident Martin Wey bereits übernommen; das Vizepräsidium wird an der Wahl vom 22. September bestimmt):

<i>Direktion</i>	<i>Zuständiges Stadratsmitglied</i>	<i>Stellvertreter/in</i>
Finanzen und Informatik	Benvenuto Savoldelli	Thomas Marbet
Baudirektion	Thomas Marbet	Martin Wey
Bildung und Sport	Martin Wey	Iris Schelbert
Öffentliche Sicherheit	Iris Schelbert	Peter Schafer
Sozialdirektion	Peter Schafer	Benvenuto Savoldelli

Im Gegenzug zur Übernahme der Direktion Finanzen und Informatik zieht Benvenuto Savoldelli seine Kandidatur für das Vizepräsidium des Stadtrates zurück. Mit der nun zur Genehmigung unterbreiteten Zuteilung verbleiben die Direktionen Finanzen und Informatik und Bildung und Sport in bürgerlicher Hand, während die Baudirektion in SP-Hände wechselt und in den beiden übrigen Direktionen auf Kontinuität gesetzt wird. Bei den Stellvertretungen, die künftig verstärkt in die Belange der jeweiligen Direktionen einbezogen werden sollen, wird auf eine politische Ausgewogenheit und auf Fachkenntnisse gesetzt.

Beschlussesantrag:

1. Der vorstehenden Direktionszuteilung mit Stellvertretungen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vorweg möchte ich Dir, Dieter, im Namen des gesamten Stadtrates zu Deiner glanzvollen Wahl als Parlamentspräsident ganz herzlich gratulieren und wünsche Dir alles Gute in diesem neuen, hohen und anspruchsvollen Amt. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Zum Bericht und Antrag des Stadtrates habe ich keine grossen Ergänzungen zu machen, liegt dieser doch schriftlich vor und ist bereits in der Öffentlichkeit mehrfach vorgestellt und auch kommentiert worden. Wichtig ist aber festzustellen, dass nach der Rückweisung des ersten Vorschlages sich der Stadtrat an mehreren Sitzungen noch einmal eingehend mit der Direktionsverteilung und der Stellvertretungsregelung auseinandergesetzt hat. Dabei sind alle möglichen Alternativen ernsthaft geprüft worden. Auch die Bereitschaft, neuen Direktionen vorzustehen, ist spürbar und letztlich auch verhandelbar gewesen. Der nun vorliegende Vorschlag der Direktions-verteilung an das Gemeindeparlament ist einvernehmlich und einstimmig zustande gekommen. Der Stadtrat ist klar der Meinung, dass mit dieser Direktionsverteilung eine gute Voraussetzung geschaffen worden ist, um die Regierungsarbeit in unserer Stadt erfolgreich in Angriff nehmen zu können. Bei der Regelung der Stellvertretung, welche künftig verstärkt in die Belange von den jeweiligen Direktionen einbezogen werden soll, ist auf eine politische Ausgewogenheit und auf Fachkenntnisse gesetzt worden. Wir bitten das Gemeinde-parlament, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und danken für Ihr Vertrauen.

Sarah Früh: Die FdP-Fraktion begrüsst, dass drei von fünf Stadträten das Parlament verstanden haben und bereit sind, sich zu bewegen. Wir möchten den drei Herren Savoldelli, Wey und Marbet ein Kränzchen winden. Sie sind gemeinsam über die Bücher gegangen, sind Kompromisse eingegangen und haben so eine mehrheitsfähige Lösung möglich gemacht. Sie setzen damit ein starkes Zeichen und übernehmen Verantwortung. Dass sie drei die drei wichtigen Direktionen Finanzen, Bau und Bildung besetzen, stimmt uns zuversichtlich. Leider verpasst der Stadtrat aber erneut die Chance, in der Sozialdirektion den dringend notwendigen Wechsel vorzunehmen. Das ist für uns unverständlich, weil die Sozialkosten in Olten unter der Leitung von Peter Schafer explodiert sind. Sie liegen heute bei vergleichbaren Leistungen im interkantonalen Vergleich in einsamer Höhe. Das belastet die Solidarität zwischen den Gemeinden immer stärker. Wir sind nicht vollständig zufrieden, aber auch zu Kompromissen bereit. Drei bewegen sich, zwei bewegen sich nicht. Wir zollen der Mehrheit, die sich bewegt, Respekt und werden deshalb dem Vorschlag des Stadtrates geschlossen zustimmen.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: In einem Punkt kann ich mich gleich anschliessen. Die SP wird der Direktionszuteilung, wie sie dies auch schon beim ersten Vorschlag gemacht hat, zustimmen. Aus unserer Sicht ist ja vor allem wichtig, dass das Gremium, das hier vorne sitzt, funktioniert. Letztendlich müssen sie ja selber unter sich zuerst schauen, wie sie es schaffen, dass es gut funktioniert. Die Rolle, die dieses Parlament hat, dass man hier zustimmen muss, ist ja sowieso eher etwas fragwürdig. Auch wir, die SP, wären eigentlich noch froh gewesen, wenn bei der Sozialdirektion eine Änderung passiert wäre. Wir haben dies unserem Stadtrat auch so gesagt. Ich möchte aber schon darauf aufmerksam machen, dass es natürlich auch irgendjemanden braucht, der bereit ist, diese Direktion zu übernehmen. Es reicht nicht, wenn man nur sagt, man hätte gerne eine andere. Offenbar ist die Sozialdirektion ja auch nicht gerade die allerbegehrteste. Sonst wäre es wahrscheinlich anders herausgekommen.

Bezüglich der Baudirektion sind wir überzeugt, dass Thomas die sehr anspruchsvolle und wichtige Direktion effizient und kompetent führen wird und sind deshalb mit dieser Lösung eigentlich absolut zufrieden. Etwas weniger Begeisterung hat bei uns noch die Verklückung mit dem Vizepräsidium ausgelöst. Wir fragen uns, ob dieser Vorgang in der Stadt wirklich vertrauensfördernd ist, wenn man sich zuerst bewirbt und nachher die Bewerbung wieder zurückzieht und auch die ganzen Folgen, die sich jetzt aus juristischen Gründen ergeben, dass der Termin erneut verschoben werden muss, ist sicher nicht gerade so dazu angetan, dass man Vertrauen in die effiziente und zuverlässige Führung dieser Stadt bekommt. Wie ich schon gesagt habe, ist der Vorschlag aber für uns insgesamt ausgewogen und akzeptabel und wir stimmen deshalb zu.

Roland Rudolf von Rohr, CVP-Fraktion: Unsere Fraktion hat sich mit diesem Geschäft natürlich auch auseinandergesetzt und hatte es damals auch zurückgewiesen. Dieses Parlament hat dieses Recht. Ob es richtig ist, dass es dieses Recht hat, ist eine andere Frage. Es ist ja ziemlich allein hier in der Landschaft, dass ein Parlament überhaupt eine solche Vorlage zurückweisen kann. Wir haben es aber gemacht und wir haben es auch begründet und haben Bewegung verlangt. Es gab bei uns verschiedene Gründe. Einer war, dass ein gewisser Konflikt zwischen Schule und Sport und dem damals geplanten Vorsteher, von Herrn Savoldelli, besteht, weil man dort in Bezug auf seine Tätigkeit beim Eishockeyclub ein gewisses Konfliktpotenzial geortet hat. Das ist behoben worden. Ebenfalls hätten wir uns Bewegung im Sozialen gewünscht. Das ist leider nicht passiert. Warum haben wir dies gewünscht? Dort geht es eigentlich nicht nur um die Person allein, sondern es geht um die Problematik dieses ganzen Departementes. Wir haben es vorher gehört. Die Explosion des Kostenwesens im Sozialwesen ist riesig und die Kritik entsprechend gross. Nicht nur hier im Parlament, wie man dies ja schon festgestellt hat, sondern auch in den Gemeinden um Olten herum, ja im ganzen Kanton. Ich durfte dies feststellen, weil ich bei der Vernehmlassung zum neuen Finanzausgleich mitgemacht habe. Was dort wegen der Sozialkosten alles über dieses Olten geredet wird, ist enorm, ob berechtigt oder nicht steht auf einem ganz anderen Blatt. Aber hier gibt es einen riesigen Erklärungsbedarf und es hätte der Stadt gut getan, wenn man dort einen Wechsel gemacht hätte. Diese Chance ist nicht genutzt worden. Das finden wir schade. Aber es gibt auch eine neue Chance. Ich denke, gerade der jetzige, der neue und der alte Vorsteher dieses Departementes, hat jetzt auch die Chance, die Plausibilität dieser hohen Kosten im Sozialwesen gegen aussen und auch gegenüber dem Parlament zu erklären. Wir hoffen auch, dass er dies tun wird, denn das liegt vielen auf dem Magen. Ansonsten stimmen wir der Direktionszuteilung zu, weil eben bewegt wurde. Das ist, was wir verlangt haben und es macht keinen Sinn, dies jetzt noch einmal nur aus einem Grund zurückzuweisen. Wir hoffen aber, dass sich eben im Sozialen etwas bewegt und dass man diese Kosten noch etwas besser erklären kann.

Myriam Frey Schär: Die grüne Fraktion hatte ja die ursprüngliche Direktionszuteilung, wie sie uns in der letzten Sitzung unterbreitet wurde, gutgeheissen. Das heisst, aus unserer Sicht ist etwas geflickt worden, das uns an und für sich gar nicht so fehlerhaft erschien. Wechseln um des Wechsels Willen – das möchten wir in dieser Situation einmal platziert haben – erscheint uns in diesem Kontext nicht angebracht. Sonst könnte man einfach am Anfang jeder Legislaturperiode Lose ziehen. Wir sind aber froh, dass unsere Stadträtin nach ihren erfolgreichen ersten vier Jahren in der Direktion Sicherheit auch eine zweite Legislatur in dieser Konstellation erhält. Andererseits hätten auch wir nichts gegen einen frischen Wind in der Sozialdirektion gehabt. Alles in allem sehen wir in dieser vorliegenden Rochade also nicht unbedingt eine Verbesserung. Aber es ist, wie es ist und wir gehen an dieser Stelle sicher mit Recht davon aus, dass alle fünf Mitglieder des Stadtrates in den nächsten vier Jahren einen tollen Job machen werden. Unser Vertrauen haben sie.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Nachdem dieses Gremium vor ein paar Monaten die Direktionsverteilung zurückgewiesen hat, können wir heute über eine Neuauflage befinden. Die Hauptgründe der Ablehnung waren, dass sich in Olten etwas bewegen muss und auch, dass sich dieser Wechsel mit gewissen Wechseln in diesem Gremium manifestieren sollte. Weiter war ein Grund, dass man die Finanzen lieber in bürgerlicher Hand sehen wollte. Der Stadtrat ist

jetzt dreimal zusammengesessen und präsentiert uns eine Neuverteilung. Wir waren schon etwas enttäuscht, da man das Gefühl nicht los wird, dass man diese Änderung, wie man in der Wirtschaft so schön sagt, nach dem Min-Max-Prinzip gelöst hat. Man hat sich nur so wenig bewegt, dass die Zustimmung gerade vollzogen werden könnte. Von den Bisherigen hat sich nur Martin Wey bewegt. Aber man muss auch das Positive sehen und nach vorne schauen. Wenn Peter Schafer und Iris Schelbert in ihren Ämtern bleiben, zeugt dies ja auch davon, dass es ihnen gefällt und dass sie sich dieser Aufgabe weiterhin gerne annehmen wollen. Gleichzeitig fällt die Einarbeitungszeit weg und sie können sich jetzt voll in die Arbeit stürzen. Peter Schafer hat ja hier im Parlament bekundet, dass er sich der Kostenexplosion in seinem Departement annehmen wird und wir werden hoffen, dass er dabei erfolgreich sein wird. Wir haben Zweifel, dass die Impulse, welche die Stadt Olten braucht, mit dieser Verteilung erfolgen könnten. Aber gleichzeitig ist es ein Interesse der Stadt, dass dieses Gremium mit klaren Kompetenzregelungen möglichst bald zu arbeiten beginnen kann. Deshalb wird sich die SVP-Fraktion bei diesem Geschäft der Stimme enthalten.

Felix Wettstein: Ich möchte das Wort wegen zwei, drei Aussagen, die wegen der Verantwortung im Sozialdepartement gemacht wurden, ergreifen. Es ist nicht wahr, dass wir im interkantonalen Vergleich viel höhere Sozialkosten als die anderen haben, wie Du, Sarah Früh, gesagt hast. Es ist im Gegenteil so, dass der Kanton Solothurn insgesamt im Vergleich zu den anderen Kantonen rundherum tiefere Gesamtsozialversicherungskosten hat. Nicht viel, aber doch etwas tiefere. Vor noch nicht einmal zwei Monaten ist der neue Sozialbericht des Kantons Solothurn herausgekommen. Das ist wirklich ein Fundus an Informationen. Das ist nur eine, die man drin lesen kann. Wir haben innerhalb des Kantons bekanntlich eine vollständige solidarische Verteilung dieser Kosten und das ist der Grund, weshalb sich diese Kosten insgesamt, für alle parallel, entwickeln. Zweitens: Damals, als die Sozialregionen gebildet und in Kraft gesetzt wurden – einige erinnern sich vielleicht noch, es liegt rund fünf Jahre zurück – sind die Kosten für diesen Bereich für die Stadt Olten deutlich zurückgegangen. Das war politisch gewollt, eben mit dem gleichmässigen Verteilen. Für uns ist es günstiger geworden. Ich weiss, wir wissen es: Seither ist dieser Effekt wieder aufgefressen worden. Aber das Wort Explosion ist einfach nicht am Platz. Das ist es nicht. Drittens: Den innerkantonalen Vergleich haben wir schon zweimal deutlich erklärt bekommen, wie er zu begründen ist. Wir haben in Olten günstige Lebensbedingungen und das wissen ganz besonders die Leute, die rechnen müssen. Deshalb kommen sie hierher wohnen. Wir haben einen überproportionalen Anteil Alleinlebende. Unter all denjenigen, die Sozialhilfe beziehen, kosten sie überdurchschnittlich viel. Wir haben einen überproportionalen Anteil Menschen mit schweren Erkrankungen, auch psychischen Erkrankungen, auch Suchterkrankungen. Sie kosten überproportional viel. Das sind die wesentlichen Erklärungen, weshalb wir im innerkantonalen Vergleich höher sind als die anderen. Diese Antworten haben wir auf dem Tisch und ich möchte einfach, dass wir aufhören, wie eine Leier immer wieder zu behaupten, wir hätten diese Antworten noch nicht.

Urs Knapp: Ich möchte heute keine Sozialdebatte führen. Aber man muss schon ein paar Punkte erwähnen. Wenn ich richtig gehört habe, hat Sarah Früh innerkantonalen Vergleich gesagt.

Sarah Honegger: Dann habe ich es falsch gesagt.

Urs Knapp: Die Sozialregion Olten ist 40 % höher als der Durchschnitt, deutlich höher als zum Beispiel Zuchwil, bei gleichen Leistungen. Punkt 2 ist – Du hast es gesagt – dass Olten von der Situation profitiert, weil es einen innerkantonalen Finanzausgleich gibt. Roland Rudolf von Rohr hat vorher gesagt, was dies zur Folge hat. Beim neuen Finanzausgleich gibt es Bestrebungen, dass Olten pro Jahr bis zu 10 Millionen Franken stärker als heute belastet wird. Wir haben 8 Millionen mehr. Dass sie zukünftig bis zu 10 Millionen Franken in den Finanzausgleich machen müssten. Wenn dies kommt, und die Begründung der anderen Gemeinden ist vor allem wegen der Sozialkosten, können wir in Zukunft nicht mehr 15 Millionen Franken pro Jahr investieren, sondern vielleicht noch schäbige 7 Millionen Franken. Dann können wir sehr viele Ziele, die wir sowieso zusammenstreichen müssen, noch heruntersetzen. Das ist der innere Grund. Wenn wir uns brüsten. Ja, wir sparen. Wir haben zwar die höchsten Kosten. Aber wir sparen, weil alle

anderen 250'000 Einwohnerinnen und Einwohner daran zahlen müssen. Dann sind wir auf dem Holzweg, weil uns dies bei diesem Finanzausgleich einholen wird. Deshalb müssen wir etwas tun. Sonst stehen wir im Kanton ganz, ganz allein da. Dann werden wir sehr, sehr viel zahlen.

Beschluss

Mit 38 : 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der vorstehenden Direktionszuteilung mit Stellvertretungen wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 22. August 2013

Prot.-Nr. 8

Dringliche Interpellation Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Begegnungszone Innenstadt – neue Gefahren für Schulkinder/Beantwortung

Am 17. August 2013 haben Thomas Rauch (FDP) und Mitunterzeichnende zu Händen des Gemeindeparlamentes eine dringliche Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Olten hat in der Innenstadt die Begegnungszone mit Tempo 20 km/h eingeführt. Auf anderen zentrumsnahen und -ferneren Strassen wurde flächendeckend Tempo 30 km/h signalisiert. Olten hat in der grossen Begegnungszone radikal alle Fussgängerstreifen entfernt. Die ersten Erfahrungen seit Schulanfang zeigen, dass die Aufhebung aller Fussgängerstreifen zu einer Verunsicherung aller Verkehrsteilnehmer führt und die Verkehrssicherheit in Frage stellt.

Es ist speziell für Kinder im Vorschulalter und in den ersten Schuljahren schwierig, ohne Fussgängerstreifen erste Lernschritte und Selbständigkeit im Strassenverkehr zu erlangen. Fraglich ist auch, wo Kinder das „luege-lose-warte-laufe“ erlernen und praxisgerecht einüben sollen. Der Schweizerische Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute empfiehlt denn auch, in Tempo 30-Zonen speziell auf Schulwegen die Fussgängerstreifen nur mit grosser Zurückhaltung aufzuheben.

Die Begegnungszone wurde in Olten ohne die zwingend notwendigen gestalterischen Massnahmen eingeführt. Die Abteilung Verkehrssicherheit im TCS hält fest: *„Eine Zone wird zur blossen Alibi-Übung, wenn sie lediglich bei der Einfahrt signalisiert ist und auf die notwendigen, gestalterischen Massnahmen verzichtet wurde, die das Fahren mit hohem Tempo verhindern sollen. Fehlt es an Verkehrsberuhigungsmassnahmen, vergisst der Autolenker, dass er sich in einer speziellen Zone befindet. Derselbe Effekt kann auch auftreten, wenn die Zone zu gross ist. Ideal wäre die Zone, wenn eine spontane Temporeduktion einzig durch die Ausgestaltung ausgelöst wird, ohne dass eine Signalisierung nötig wäre.“*

Frage 1:

Welche Sofortmassnahmen werden ergriffen, damit die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer (Kinder im Vorschulalter und in den ersten Schuljahren) auch ohne die lenkenden Fussgängerstreifen gewährleistet ist (insbesondere Bereich Hübeli-Schulhaus, etc.)?

Frage 2:

Warum führt die Stadt eine Begegnungszone ein und setzt dann die dafür zwingend notwendigen gestalterischen Massnahmen nicht rechtzeitig um?

Frage 3:

Per wann werden in der Begegnungszone die notwendigen gestalterischen Massnahmen vollzogen (z. B. Entfernung Trottoirs; Provisorium Zaun Hübeli)?

Begründung der Dringlichkeit

Seit dem Schulanfang Mitte August sind viele Eltern mit Kindern im Hübeli-Schulhaus stark verunsichert und haben grosse Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder. Sie erwarten eine sehr rasche Klärung der Situation.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Zur Frage der Dringlichkeit:

Der Stadtrat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Grundsätzliches:

Der Stadtrat hat grosses Verständnis für die Fragen der Interpellanten, ist ihm doch die Verkehrssicherheit in unserer Stadt ein grosses Anliegen. Er ist aber gleichzeitig überzeugt, dass gerade mit der Einführung der Tempo-30-Zone und der Begegnungszone eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit und speziell der Situation für die zu Fuss Gehenden erreicht wird. Er ist sich auch bewusst, dass die bisher ergriffenen Massnahmen kostenbewusst das notwendige Minimum darstellen; allfällige weitergehende Massnahmen werden aufgrund der nun folgenden Erfahrungen definiert.

Mit Beschluss vom 28. März 2012 hat das Gemeindeparlament die Objektkredite für die Umsetzung des im Rahmen der Strategie Innenstadt definierten Bausteins A.1 (Kirchgasse/innere Baslerstrasse Süd) inkl. Instandsetzung der Abwasseranlagen und neue Busführung über die Konradstrasse genehmigt. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Gemeindeparlament auch das neue Verkehrskonzept Innenstadt mit der beabsichtigten Begegnungszone und Tempo-30-Zone zur Kenntnis gebracht, wie auch die Absicht des Stadtrates, die räumliche Gestaltung der Innenstadt im Rahmen von unabhängigen Bausteinen etappenweise anzugehen. Bei der Umsetzung werden die Sanierungszyklen der Kanalisationen, politische Entscheide und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigt.

Der damalige Vorgehensvorschlag sah wie folgt aus:

A Kirchgasse, innere Baslerstrasse Süd und Kirchplatz West (A1), Solothurnerstrasse (A2), Mühlegasse (A3)

B Konradstrasse, Hübelistrasse, Munzingerplatz und Museum

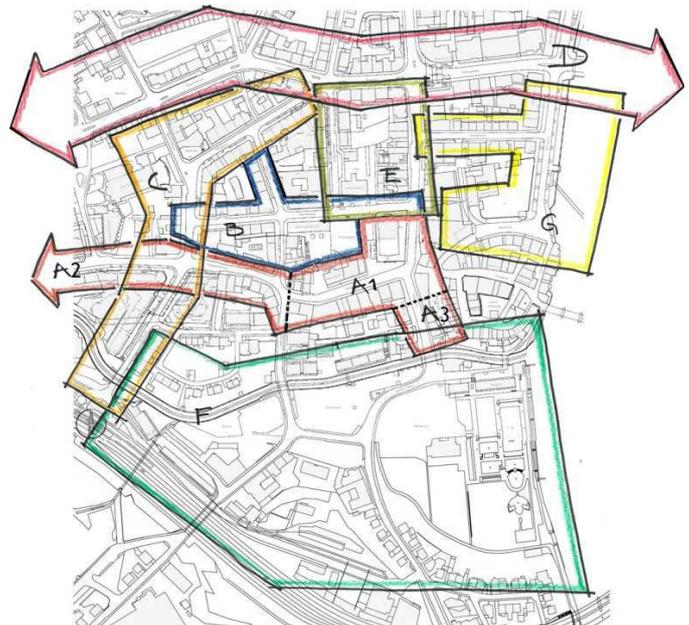
C St. Martinsplatz, Ringstrasse, Hammerallee

D Ziegelfeld- und Frohburgstrasse

E Hübelihof, innere Baslerstrasse Nord, Dornacherstrasse

F Schützenmatte / Rötzmatt

G Klosterplatz, Amtshausquai



Bausteine

Betreffend Ausgestaltung des Strassenraumes muss gemäss Art. 5 der Verordnung über die Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen Folgendes eingehalten werden:

1. Die Übergänge vom übrigen Strassennetz in eine Zone müssen deutlich erkennbar sein. Die Ein- und Ausfahrten der Zone sind durch eine kontrastreiche Gestaltung so zu verdeutlichen, dass die Wirkung eines Tores entsteht.
2. Der Zonencharakter kann mit besonderen Markierungen gemäss den einschlägigen technischen Normen verdeutlicht werden.
3. Zur Einhaltung der angeordneten Höchstgeschwindigkeit sind nötigenfalls weitere Massnahmen zu ergreifen, wie das Anbringen von Gestaltungs- oder Verkehrsberuhigungselementen.

Da mit der baulich optimalen Ausgestaltung der Strassenräume aus den genannten Gründen noch zugewartet werden muss, sind mit der Einführung der Begegnungszone Innenstadt in einem ersten Schritt primär die gesetzlich vorgeschriebenen Massnahmen umgesetzt worden, wie die Aufhebung von Markierungen und an den Zoneneingängen die Erstellung der als Tore wirkenden Signalisationsstelen mit den zugehörigen strassenquerenden weissen, einen Meter breiten Streifen.

Betreffend Markierungen ist zu bemerken, dass in den Begegnungszonen keine Fussgängerstreifen zulässig sind, da die zu Fuss Gehenden überall Vortritt geniessen. Einzelne Fussgängerstreifen würden das generelle Vortrittsrecht vermeintlich wieder einschränken und damit für Verwirrung sorgen. In den Tempo-30-Zonen haben die Fussgänger keinen Vortritt; Fussgängerstreifen dürfen in begründeten Fällen angebracht werden, namentlich bei Schulen und Heimen. So wurde bei der Musikschule der Fussgängerstreifen belassen. Gerade aufgrund des tieferen Geschwindigkeitsniveaus sollen die zu Fuss Gehenden jedoch die Strassen dort überqueren, wo sie sich sicher fühlen und nicht dort wo sie «müssen». Sie sind damit auch nicht gezwungen, allfällige Umwege über einen Fussgängerstreifen in Kauf zu nehmen.

Die beste Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden ist und bleibt die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten von 20 und 30 km/h. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die umgesetzten Massnahmen nicht überall genügen könnten, damit die in den Zonen angeordneten Höchstgeschwindigkeiten auch permanent eingehalten werden. Die Situation

wird deshalb laufend beobachtet und wo nötig werden Sofortmassnahmen ergriffen. So wird an der Baslerstrasse im Bereich zwischen Römerstrasse und Konradstrasse ein zwei Meter breiter, gestalteter Mittelstreifen angebracht. Dieser Streifen dient den zu Fuss Gehenden im überbreiten Strassenraum als Querungshilfe und engt diesen optisch ein. Aufgrund einschlägiger Erfahrungen kann damit eine temporeduzierende Wirkung erwartet werden. Nachfolgend eine Visualisierung, wie sich der Mittelstreifen im Rahmen der beabsichtigten Gestaltung präsentieren könnte.



Mittelstreifen Baslerstrasse (richtungsweisende Darstellung)

Das neue Regime muss sich aber auch einspielen. Nach Ablauf maximal eines Jahres wird ein Controlling durchgeführt. Soweit nötig werden dann weitere (immer noch Baustein-unabhängige, d.h. provisorische) bauliche Massnahmen ergriffen.

Zu den einzelnen Fragen:

Frage 1: Welche Sofortmassnahmen werden ergriffen, damit die Sicherheit der schwächsten Verkehrsteilnehmer (Kinder im Vorschulalter und in den ersten Schuljahren) auch ohne die lenkenden Fussgängerstreifen gewährleistet ist (insbesondere Bereich Hübeli-Schulhaus, etc.)?

Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden muss sofort, d.h. auch während der Einführungszeit gewährleistet sein. Aus diesem Grund sind in der Begegnungszone dauernd zwei sogenannte Viasis-Geräte im Einsatz, welche das gefahrene Tempo anzeigen und auf zu hohe Geschwindigkeiten aufmerksam machen. Auch unternimmt die Stadtpolizei regelmässige Radarkontrollen in allen Strassenzügen der Tempo-30-Zonen und der Begegnungszone.

Kinderspezifische Sofortmassnahmen betreffen die Verkehrserziehung, die Polizeipräsenz und Markierungen. So werden durch die Verkehrserziehung der Stadtpolizei die Kinder auf das korrekte Verhalten im Strassenverkehr aufmerksam gemacht. Dies beinhaltet auch das Verhalten in den Begegnungszonen sowie in den Tempo-30-Zonen. Die Instruktorinnen und Instrukturen der Verkehrserziehung schulen dabei auch die Schüler des Hübelischulhauses. Auch wird die Stadtpolizei im Rahmen ihrer Patrouillentätigkeit auf den Schulwegen innerhalb

der neu signalisierten Zonen weiterhin und vor allem während den Schulbeginn- und Schlusszeiten durch Präsenz Einfluss nehmen und mit der Bildungsdirektion und Schulleitung werden Gespräche über mögliche weitere Massnahmen (Einbezug Eltern, Instruktion der Kinder, etc.) geführt. Zudem wird an der Konradstrasse in Fahrriktion Baslerstrasse im Bereich des Stadthauses eine weitere Bodenmarkierung «Achtung Schulkinder» angebracht, wie sie in der Gegenrichtung im Bereich der Stadtkirche bereits besteht.

Frage 2: Warum führt die Stadt eine Begegnungszone ein und setzt dann die dafür zwingend notwendigen gestalterischen Massnahmen nicht rechtzeitig um?

Die gesetzlich vorgeschriebenen bzw. zwingenden Massnahmen sind rechtzeitig umgesetzt worden. Weitere Massnahmen werden erst zwingend, wenn das Tempo längerfristig nicht eingehalten wird. Aus diesem Grund müssen die realisierten Massnahmen spätestens nach einem Jahr – nachdem sich das neue Verkehrsregime einspielen konnte – auf ihre Wirkung hin überprüft werden. Wurden die angestrebten Ziele nicht erreicht, müssen anschliessend zusätzliche Massnahmen ergriffen werden.

Frage 3: Per wann werden in der Begegnungszone die notwendigen gestalterischen Massnahmen vollzogen (z. B. Entfernung Trottoirs; Provisorium Zaun Hübeli)?

Die räumlich optimale Ausgestaltung wird im Rahmen der erwähnten Bausteine vorgenommen werden. Diese stehen wiederum in Abhängigkeit zur Finanzplanung bzw. zu den finanziellen Möglichkeiten der Stadt und den erforderlichen politischen Entscheiden und werden wie erwähnt auch mit Sanierungszyklen der Kanalisationen abgestimmt.

- - - - -

Thomas Rauch: In Ergänzung zum Text der Interpellation gibt es vielleicht folgende Sachen, die ich hier noch weiter ausführen möchte. Neben dem, und das möchte ich auch gleich sagen, war eigentlich wegweisend, was auch im Leitartikel des OTs von Herrn Wild stand. Das hat sehr gut zusammengefasst, wo es durch geht. Aber das vorliegende Verkehrsregime führt, wie eingangs erwähnt, zu Verunsicherung und Gefahren, weil die Langsamzonen nicht auf die Verhältnisse in Olten adaptiert sind. Der Stadtrat, ich nehme an die Präsidialdirektion, die Stadtplanung, haben im Alleingang den aktuellen Perimeter definiert und die Umsetzung so vollzogen. Es ist offensichtlich auf dem Papier entstanden und eher fern von der Realität und ohne Berücksichtigung der Gegebenheiten in den einzelnen Strassenzügen und der Belebung der einzelnen Quartiere und Strassen. Kurzum: So, wie es jetzt vorliegt, ist es sicher nicht praxistauglich. Wenn man in vielen Berichten und Untersuchungen, wie ich zitiert habe, nachliest, kann man noch sagen, was eigentlich die Massnahmen und die Erfahrung in den Städten Zürich, Bern usw. sind. Damit klar ist, was ich eigentlich erreichen möchte ist: Die Zonen 20 und 30 weisen ja unterschiedliche Charakteristika auf. Eine Begegnungszone, Zone 20, ist eine sogenannte Chaoszone, mit der man eigentlich auch beste Erfahrungen macht. Dort braucht es sicher keine Fussgängerstreifen. Aber es muss einen ganz klaren Eintritt geben. Das heisst, eine bauliche Ausgestaltung, die dem Begriff Begegnungszone auch Rechnung trägt, ist notwendig. Optisch ist dies so zu führen, dass es an sich gar keine Signalisation brauchen würde, und jeder merkt: Ich bin hier so etwas an einem speziellen Ort. Begegnungszonen setzen zudem keine Trennung von Verkehrsteilnehmern voraus, da eine Trennung der verschiedenen Verkehrsteilnehmer, also Velos, Fussgänger, Autos und was es sonst noch so alles gibt, Rollbretter, beschleunigend wirkt. Wenn man infrastrukturmässig keine Anpassung macht, wirkt eigentlich alles beschleunigend. Das ist ja, was man nicht will. Jetzt haben wir genügend Beispiele von sehr, sehr langen, ausgedehnten Perimetern mit Zone 20, wo am Anfang ein Schild ist und überhaupt nichts darauf hinweist, dass man in einer Begegnungszone ist und das ist eine Hauptkritik, wo weder ein Fussgängeraufkommen vorliegt, das dies rechtfertigen würde, noch sonst irgendetwas. Beim Hübelischulhaus, und das möchte ich explizit erwähnen, hat man nach Einführung der Begegnungszone sogar noch eine Bretterwand

erstellt, die ja an sich wirklich gerade das Widersprüchlichste einer Begegnungszone ist. Es war zum Schutz der Kinder oder vielleicht auch der Automobilisten. Ich weiss es nicht. Offensichtlich hat man dort gesehen, dass man den Zaun mit diesen Holzbrettern und Schnüren noch zusätzlich gemacht hat, dass eigentlich die Verantwortlichen nicht verstanden haben, was eine Begegnungszone ist. Das heisst, man müsste an sich den Perimeter prüfen: Wo passt was und wo ist die Personendichte, die Quartierstruktur, liegt eine Organisation und Dichte vor, dass eine Begegnungszone funktionieren kann? Noch einmal: Mit klaren Eintritten und Austritten und umsetzbar wäre dies relativ einfach. Punkt 2, Zone 30: In diesem Perimeter herrscht von mir aus gesehen bezüglich Fussgängerstreifen eine reine Verwaltungswillkür. Jetzt wird mit Gesetzen argumentiert, eine Zone 30 habe keine Fussgängerstreifen. In Olten haben wir schon seit mehreren Jahren Zone 30, überall mit Fussgängerstreifen. Wenn man etwas aus der Zentrumslage heraus kommt, hat es in der Zone 30 an sehr vielen Orten Fussgängerstreifen. Das heisst, es ist inkonsistent und zufällig. Wenn man jetzt sagt, man möchte zumindest in den Zugängen zu Krippe, Schulhaus und Altersheim Fussgängerstreifen, dann wird mit einem Gesetz argumentiert, dass eine Zone 30 keine Fussgängerstreifen habe und der Kanton verlange, dass man dies auslösche. Neben den schwächsten Verkehrsteilnehmenden, das habe ich auch gesagt, ist die Orientierung einfach auch für die Automobilisten, insbesondere die ortsfremden, schwierig. In diesem Sinne sind alle Verkehrsteilnehmenden von einer schwierigen Situation betroffen. Die Forderung ist klar. Es wären die wichtigsten Fussgängerstreifen wieder in Betrieb zu nehmen. Es wäre auch vorteilhaft für die Schüler. Dann könnte man wieder das klassische Fussgängerschema erlernen. Das mit dem „Luege-Lose-Laufe“ oder wie es auch immer heisst, ist jetzt völlig abhanden gekommen. Im Übrigen wird auch in den Städten Bern und Zürich in diesen sensitiven 30er-Zonen nicht auf Fussgängerstreifen verzichtet. Kurzum: Man möchte das, was man macht, von mir aus gesehen glaubhaft umsetzen. Das heisst, Zone 30, zur Sicherheit wieder mit Fussgängerstreifen ergänzen, und Zone 20 im Perimeter so definieren, dass sie glaubhaft funktionieren kann, weil an der Römerstrasse null Begegnung ist. Die Meter gegen das Altersheim Bornblick sind vielleicht für eine Radarfalle geeignet. Aber das ist keine 20er-Begegnungszone, für niemanden. Da begegnen sich höchstens Autos. Ich weiss nicht, wofür es dann ist. Man müsste an sich in der Planung, wenn man die Zonen definiert, zum Beispiel eben gerade die Bevölkerungsdichte, soziologische Aspekte, Frequenzen usw. berücksichtigen und dann wäre es umsetzbar. Besten Dank.

Daniel Schneider, Fraktion SP/Junge SP: Ich gebe zu, dass ich die ordentliche Ausschreibung dieser Begegnungszone damals auch gesehen habe, war aber gedanklich noch so mit der Kirchgasse beschäftigt, dass mir gar nicht bewusst war, welche geografische Dimension diese Zone hat. Es ist auch nicht ganz einfach. In der Ausschreibung ging es ja eigentlich um einen formal-juristischen Akt. Wir konnten ja nicht über die flankierenden Massnahmen lesen. Ich denke, der Stadtrat hat damals die Gunst der Stunde erkannt und ist eben geografisch gerade auf tutti gegangen. In Fachkreisen sagt man übrigens, die Begegnungszone sei eigentlich ein Zwitter, nämlich überall dort, wo man zu wenig Mut hat, den Verkehr ganz zu verbannen, macht man halt eine Begegnungszone. Wir haben vorher gehört, welche Rahmenbedingungen es haben muss, damit es funktionieren kann. Ich glaube, dass ich verstanden habe, was der Unterschied rechtlicher Natur ist, also wie die Vortrittsbeziehungen bei Tempo 30 oder bei einer Begegnungszone laufen. Den Unterschied am Gaspedal habe ich hingegen selbst in Harmonie mit meinem Auto immer noch nicht ganz im Griff. Es gibt bei der Umsetzung der Begegnungszone in Olten den ganz grossen Mangel, dass die Hierarchie zwischen den Verkehrsteilnehmern nicht abgeschafft worden ist. Wo die Trottoirränder althergebrachte Trennlinien zwischen Motorfahrzeugen, Velos, Töffen einerseits und den Leuten, die zu Fuss gehen, andererseits immer noch manifestieren, kann es mit einer Gleichwertigkeit einfach nicht klappen. Es ist nun einmal so, dass die Situation ungleich ist. Das hat mit der Grösse unserer Stadt zu tun. Also nicht nur kräftemässig, mit einer Tonne Metall, das hier herumfährt, und wenn man zu Fuss geht, sondern schlicht einfach auch aufkommensmässig. Damit das Aufkommen an Fussgängern, was wir uns ja eigentlich wünschen – schliesslich ist man, wenn man aus dem Auto ausgestiegen ist, bekanntermassen ein Fussgänger und möchte vielleicht in Olten einkaufen – damit diese Chance grösser wird, muss eigentlich der öffentliche Raum in seiner Qualität gestärkt werden. Ein gutes Beispiel in der Schweiz, wo auch mausarme Städte mit provisorischen Massnahmen etwas machen

können, sind Holzplattformen, die einen Strassenquerschnitt verschmälern, die Garten- oder Strassenbeizen sein können, wo man Läden darauf haben kann, wo Verkaufsflächen sein können oder einfach als konsumfreie Sitzgelegenheit ausgestaltet. Man könnte an bestimmten Orten auch Längsparkplätze in Schrägparkplätze umwandeln. Dann würde die Strasse auch schmaler werden und das Gewerbe könnte sogar auf mehr Parkplätze spekulieren. Das sind einfache Massnahmen, die nichts kosten. Nebenbei: Ich bin erfreut, dass ich in der Antwort nur dreimal Finanzen gelesen habe. Es ist doch noch eine gewisse Hoffnung da, dass wir uns nicht dahinter verstecken. Vielleicht noch einmal kurz zur Dimension dieses Gebietes: Es ist mir nicht gelungen, schlüssig zu verstehen, weshalb die Begegnungszonen bis zu den Altersheimen hinaus reichen. Das ist von Thomas schon erwähnt worden. Das habe ich so nicht kapiert. Zusammengefasst im Nachhinein betrachtet, was ja bekanntermassen immer einfacher ist, muss ich aber doch sagen, dass ich wahrscheinlich einer Tempo-30-Zone mit Fussgängerstreifen an den kritischen Orten und solche gibt es einige – wir haben es schon gehört – Hübelischulhaus – bei der Musikschule hat es zwar weit unten einen, aber oben an der heiklen Kreuzung nicht – eigentlich den Vorzug gegeben hätte, nicht aber ohne die bereits vorgeschlagenen einfachen Massnahmen zur Verengung des Strassenquerschnitts und damit eigentlich auch verbunden mit einer Chance für das Gewerbe und für die Kunden, in Olten mehr Raum in Sachen Aufenthaltsqualität und Marktchancen zu ermöglichen. Dann kommen mehr Leute und dann ist vielleicht die Legitimation auch grösser. Wir bitten also den Stadtrat, das Konzept noch einmal kritisch zu hinterfragen und die Mängel auszuräumen, ohne sich hinter Finanzproblemen zu verstecken und den Fachkommissionen raschmöglichst ergänzende Vorschläge zu unterbreiten. Merci noch einmal, Thomas, für diesen Vorstoss.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Es gibt ja eine neue BfU-Forderung bezüglich Entfernung von gewissen Fussgängerstreifen. Hier kommt es auf die Fussgängerfrequenzen an. Wenn sie zu klein sind, sollte man die Fussgängerstreifen entfernen und das verursacht nicht nur in Olten Sicherheitsprobleme. Zum Beispiel müsste Muri bei Bern nach dieser neuen Regelung 90 % aller Zebrastrassen entfernen. Das ist eine fragwürdige Praxis, die zu Gunsten der stärkeren Verkehrsteilnehmer ist. Die schwächeren, vor allem Kinder, alte Leute oder Behinderte kommen so bezüglich Sicherheit unter die Räder. Zebrastrassen sind entscheidende Hilfsmittel, vor allem für Kinder bis ca. 3. Klasse. Sie brauchen nämlich Strukturen, einen Plan, damit sie überhaupt etwas lernen können, in diesem Fall, wie man über die Strasse geht und auf der Strasse sind dieser Plan für die Kinder eben die Zebrastrassen, auf die sie sich verlassen können. Kleinere Kinder können noch nicht einschätzen, wie schnell ein Auto fährt und wann es bei ihnen ist. Bei Unsicherheit beeilen sie sich und rennen einfach über die Strasse, damit es schnell vorbei ist. Sie reagieren so. Sie sind also auf Fussgängerstreifen angewiesen. Diese Tatsache sollte man beachten, bevor man Fussgängerstreifen entfernt. Man hat sie in Olten aus diesem Grund zum Teil ja auch nachher wieder angebracht. Wie ich vorher schon erwähnt habe, braucht es aber auf der Kirchgasse keine weiteren Verbauungen. Man hat ja im Vorfeld zahlreiche kreative Oltner mobilisiert, die diesen freien Verkehrsraum jetzt nachhaltig gestalten können.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte vorausschicken, dass ich nicht als Fraktionssprecher spreche. Wir haben das Geschäft in unserer Fraktion behandelt und haben dann gesagt, dass sich alle auch situativ als Einzelsprecher melden können. Einen Beschluss haben wir nicht gefasst, weil es ja eigentlich eine Interpellation ist, die an den Interpellanten geht. Gleichwohl äussere ich jetzt einmal meine Gedanken dazu. Es ist schon viel gesagt worden. Mir geht es vor allem auch etwas so wie Daniel Schneider, dass der Fokus Kirchgasse halt ein wenig an uns Parlamentarier vorbei gegangen ist, auch vom Perimeter dieser Begegnungszone Kenntnis zu nehmen, obwohl mir nicht bewusst ist, dass dies hier wirklich auch einmal intensiv vorgelegt und besprochen worden ist, auch im Zusammenhang mit diesen Bausteinen, die ja dann nicht gemacht wurden. Das war Baustein 1 und ob dies dann auch alles dazu gehört hat, ist mehr als fraglich. Wer hat dies dann entschieden? Wer hat dies dann gemacht? Wie weit war dies abgestützt? Ich glaube, schon etwas wenig, wenn man jetzt hört, welche Proteste von allen Seiten her kommen. Ich denke, solche Entscheidungen sollten einfach besser abgestützt werden. Wir sehen jetzt auch das Beispiel Friedhofreglement, das auch wichtig ist, aber lange nicht so viele betrifft, vor allem Lebende, wie jetzt hier in der Begegnungszone. Dort macht man eine Vernehmlassung, die wirklich fundiert ist, wo man nachher auch Entscheidungsgrundlage

hat. Ich glaube, dies sollte ein Beispiel sein, dass man dies auch hier hätte machen sollen. Wenn ich in der Stadt etwas herum höre, vor allem auch beim Gewerbe, sind die wunden Punkte auch hier schon erwähnt worden. Man denkt an die Kinder, die eine leibliche Gefahr haben, einfach durch das Verschwinden der Fussgängerstreifen. Man denkt aber auch an die Autofahrer, die wahrscheinlich eher etwas juristische Gefahr, weil man es einfach vergisst, wenn man hier eine so breite Strasse hineinfährt, dass hier plötzlich Tempo 20 ist. Manche unbescholtene Hausfrau oder auch manch unbescholtener Mann könnte hier einmal grausam hineinlaufen und das wäre nicht recht. Das müsste einfach besser signalisiert werden. Diese Signalisation ist mangelhaft. Ich habe Verständnis für den Stadtrat, auch in Anbetracht der finanziellen Situation, dass man nicht gerade riesige Sachen machen kann. Aber wenn man so etwas einführt, muss man halt mit provisorischen Sachen Vorlieb nehmen. Daniel Schneider hat erfreulicherweise Schrägparkplätze erwähnt. Das wird uns natürlich sehr freuen. Aber es gäbe auch andere optische Massnahmen. Etwas vom Besten erscheinen mir die blinkenden Kilometerzahlen. Dort merkt jeder sofort, wie schnell er ist. Dann denkt er: Oha, ich bin zu schnell drauf. Das würde wahrscheinlich nicht so viel kosten und wäre sehr effizient, natürlich auch nicht so schön. Aber das könnte man dann auch einmal ändern. Ich glaube, eine schnelle Reaktion ist gefragt. Was kann man machen? Eine Redimensionierung des Perimeters. Es ist offensichtlich und ist jetzt auch gesagt worden und sehr wenige haben Verständnis für die Begegnungszone Solothurnerstrasse, ab Vario bis zum Altersheim oder auch gegen den Hammer oder auch die Ringstrasse. Das ist als Begegnungszone nicht gefragt. Dort würde eine Tempo-30-Zone reichen. Die innere Solothurnerstrasse ist interessant. Ich habe mich ja bemüht, etwas mit den Gewerblern zu reden. Dort sind die Meinungen different. Einige sind damit zufrieden, andere finden es übertrieben. Die Gewerbler haben aber die einheitliche Meinung, dass die Ringstrasse in der Begegnungszone völlig daneben ist und man dies dort gar nicht sucht, weil zu wenig Fussgänger dort sind und die Automobilisten gar nicht merken, dass dort die Begegnungszone ist. Deshalb der Aufruf an den Stadtrat: Eine schnelle Reaktion prüfen. Ich glaube, er würde Sympathien einholen, wenn er sagt: Doch, wir sehen, dass wir einen Fehler gemacht haben. Wir wollen ihn korrigieren.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Die Kommunikationsarbeit zur Einführung dieser Zone wurde sicher gut gemacht, aber vermutlich haben auswärtige Autofahrende haben nicht unbedingt gerade den OT-Artikel dabei. Deshalb muss vor Ort auf der Strasse klar sichtbar sein, dass jetzt hier ein anderes Regime gilt. Wichtig als Sofortmassnahmen ist, dass im Eingangsbereich ein gut sichtbares Portal entsteht. Das lässt sich auch ziemlich einfach und schnell erstellen, indem ein Stoffbanner quer über die Strasse gespannt wird. Auch mobile Blumentröge, die den Eingangsbereich verschmälern, lassen sich sofort einsetzen. Die aktuell aufgemalten Tempo-20-Zeichen sind klitzeklein. Hier könnte man sicher auch mehr machen, indem wirklich quer über die Strasse diese Zeichen drauf sind oder wenn vielleicht auch Fussgänger auf der Strasse aufgezeichnet werden. Hier lässt sich mit grosszügiger Markierung auf der Strasse sicher schnell viel machen. In einer späteren Phase soll auf anderswo bewährte Massnahmen zurück gegriffen werden: Zum Beispiel in Frankreich gibt es Schwellen, die auf die Geschwindigkeit angepasst sind. Das heisst, wenn man mit der Geschwindigkeit darüber fährt, die signalisiert ist, ist es angenehm und sobald man schneller fährt, ist es unangenehm, weil diese Schwellen von der Steigung und Breite her so gemacht sind, dass dies eben so funktioniert. Was man im Ausland auch kennt, sind aufgeraute Streifen, die zuerst etwas weiter auseinander sind und nachher immer enger werden. Dies animiert automatisch auch zum Abbremsen. Was wir sicher nicht brauchen sind jahrelange Konzepte für die Gestaltung. Es gibt bewährte bauliche Massnahmen und Handlungsbedarf besteht jetzt. Denn die Autofahrer müssen umlernen und abbremsen. Aber auch die Erstklässler und auch die Drittklässler, die jetzt neu selbständig in die Musikschule gehen, müssen lernen, sich in diesen Zonen sicher zu bewegen. Kurzfristige Massnahmen sind sofort nötig und es soll auch ein schlaues Konzept an mittelfristigen Massnahmen bestehen.

Urs Knapp: Wir hatten jetzt fünf Parteien, die genau das Gleiche gesagt haben. Wenn man die Antworten des Stadtrates liest, hat man das Gefühl, der Stadtrat wartet jetzt einmal, bis etwas passiert. Mich erinnert dies etwas an die SBB-Diskussion. Es hat bei der SBB ein paar Unfälle gegeben, weil die Signale nicht so platziert wurden, dass ein menschlicher Fehler ausgeglichen

werden konnte. In dieser Begegnungszone können Fehler passieren. Die Autofahrer können Fehler machen. Es können Kinder einen Fehler machen. Es können ältere Leute einen Fehler machen. Es können auch alle Personen einen Fehler machen. Wenn hier ein Unfall passiert, wenn hier etwas passiert, ist vielleicht juristisch der Autofahrer, vielleicht das Kind, vielleicht sind die älteren Leute schuld. Aber letztlich liegt die Verantwortung beim Stadtrat, der eine Zone definiert, die einfach nicht sicher ist. Ich glaube, der Stadtrat muss sich dessen bewusst sein und ich wäre sehr froh, Martin, und deshalb habe ich jetzt etwas gesagt, wenn Du diese drei Antworten so korrigieren würdest, indem Du sagst: Ja, wir haben verstanden, was im Parlament ist und ja, wir tun etwas. So, wie die Zone jetzt ist, ist es nur eine Frage der Zeit, bis etwas passiert. Und dann ist nicht der Autofahrer schuld, wenn etwas passiert, sondern dann ist auch der Stadtrat schuld.

Rolf Braun: Ich möchte einfach sagen, dass in dieser Thematik nicht nur die juristischen Vorgaben, wo die Gesetze beachtet werden müssen, sondern vor allem, dass hier auch etwas der gesunde Menschenverstand Einzug halten sollte, weil nämlich ganz klar die Sicherheit im Fokus der Schwächsten stehen muss. Ganz zentral, damit man die Sicherheit für die Schwächsten garantieren kann, ist, dass jedermann, also derjenige im Auto wie auch der Fussgänger jederzeit weiss, wo er ist und welche Vortrittsregelung im Moment gilt. Wie man dies in die Köpfe der kleinen Kinder hineinbringen will, nachdem man jahrzehntelang das Verhalten am Fussgängerstreifen geschult hat, ist ein anderes Problem. Es ist nämlich nicht so einfach, dass sich ein Kind immer bewusst ist: Jetzt bin ich in der 20er-Zone. Jetzt bin ich in der 30er-Zone. Jetzt bin ich in der 50er-Zone. Diese Übersicht hat das Kind nicht. Wie man dies mit baulichen Massnahmen und Signalisationen sinnvoll und auch kostengünstig machen soll, hier gibt es Spezialisten, die vielleicht mehr als ich verstehen. Aber das ist sicher eine gewisse Herausforderung. Zum anderen möchte ich auch noch anfügen, dass es vielleicht auch noch sinnvoll wäre, in dieser Stadt eine gewisse Einheitlichkeit zu haben. Zum Beispiel 30er-Zonen hat man im Säliquartier jetzt relative viele Fussgängerstreifen im Bereich von Altersheimen und Schulhäusern aufgemalt. Man hat sogar bei den Fachhochschulen, wo vornehmlich erwachsene Leute über die Strasse gehen, einen Fussgängerstreifen aufgemalt. Dann ist es eigentlich in diesem Zusammenhang nicht einzusehen, weshalb die Fussgängerstreifen hier in der Innenstadt alle weg müssen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vorweg möchte ich im Namen des Stadtrates für den Vorstoss bzw. für die Fragen, die gestellt wurden, danken, weil dies schlussendlich auch die Möglichkeit gibt, für uns vom Stadtrat einerseits unsere Darlegung zu machen, auf der anderen Seite diese Rückmeldungen zu hören und hier sind sehr viele gute und auch interessante Anregungen gemacht worden. Ich möchte vorwegschicken, dass uns diese Problematik durchaus auch bewusst ist und wir sind uns auch unserer Verantwortung bewusst und wir wissen, dass hier auch ein Handlungsbedarf ist und zwar ein kurzfristiger wie vielleicht auch ein mittelfristiger, wo man sagen muss: Die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer im Sinne von mit dieser Begegnungszone umgehen, die übrigens in Olten neben der Tannwaldstrasse ein Primeur ist und wo wir Erfahrungen sammeln müssen, hat durchaus Unsicherheiten hervorgerufen, bei den Autofahrern wie auch beim Langsamverkehr, insbesondere bei den Kindern. Wir konnten in der Antwort eigentlich auch bewusst nicht die Lösung aufzeigen, die wir sehen. Wir haben versucht, dies in einen Gesamtzusammenhang hinein zu stellen und auch darzulegen, welche Idee eigentlich dahinter stand. Wir müssen ja auch feststellen, dass die Orientierung des Parlaments erfolgt ist, zu einer Kenntnisnahme. Es war nicht irgendwie eine Kommandoaktion des Stadtpräsidiums oder eines Planers. Der Gesamtstadtrat hat sich damit auseinandergesetzt und das Parlament in diesem Sinne vielleicht auch nicht so genau, weil andere Projekte, die Bausteine 1. A im Vordergrund, übrigens auch für den Stadtrat. Wir hatten auch sehr Freude, dass es dort vorwärts gegangen ist und haben uns entsprechend auch ermutigt gesehen, die Entschleunigung der Innenstadt voranzutreiben. Das ist mit der entsprechenden Planung mit diesen 20er- und 30er-Zonen gemacht worden und es ist, wie von Ihnen mehrfach auch dargelegt, nicht einfach, dies einzuführen, vor allem auch, hinüber zu bringen, wie man sich zu verhalten hat. Es ist ein Tempo und es ist ein Fahrverhalten und auch ein Laufverhalten, das man nicht gewohnt ist. In diesem Sinne sind eigentlich alle Anregungen, die Sie gemacht haben und auch Forderungen, die gestellt wurden, berechtigt. Wir werden vom Stadtrat insbesondere,

was die Sicherheit anbelangt, mit erster Priorität behandeln. Das heisst aber nicht, dass wir als erstes gleich wieder alle Zonen zurücknehmen. Das wäre konzeptmässig auch nicht gut. Wir wollen diese Zonen so andauern lassen. Es ist so vorgesehen. Dass wir aber als Sofortmassnahmen die Visualisierungen, auf die Einengungen aufmerksam machen, dass wir auch die entsprechenden Mittel der Polizei einsetzen werden, um insbesondere die Sensibilisierung zu erreichen. Die Schwierigkeit, auch der Übergang vom 20er- in den 30er-Bereich ist etwas Spezielles. Es gelten dort zum Teil auch andere Bestimmungen und überhaupt ist es schwierig, dem Fussgänger diesen Raum zu übergeben, wenn noch Trottoirs bestehen. Das sind persönliche Erfahrungen, die wir im Stadtrat alle auch schon ausgetauscht haben. Man läuft auf den Trottoirs und macht die Querungen eigentlich dort, wo die alten Fussgängerstreifen waren. Damit ist eigentlich die Begegnungszone torpediert. Man kann sagen, die entsprechenden Absenkungen der Trottoirs wären eigentlich die Bedingung. Es kommt mir gerade in den Sinn, dass es, wenn man zum Beispiel in Biel herumläuft, komplett abgesenkt und eine Fläche ist. Auch die Gestaltung des Verkehrsraumes ist nicht vorteilhaft. Aber zuzuwarten, bis eigentlich alles gestalterisch erfüllt ist, haben wir als Stadtrat auch als etwas mutlos taxiert, im Wissen darum, und hier sind diese Fragen berechtigt, dass wir uns dort einer Verantwortung stellen und für Sicherheit sorgen müssen. In diesem Zusammenhang besten Dank für diese Rückmeldungen. Wir werden diese Sofortmassnahmen im Stadtrat beschliessen, insbesondere auch, was die Signalisation anbelangt. Es sind sehr viele gute Ideen von allen Fraktionen formuliert worden. Dafür besten Dank. Wir werden eine Auswertung machen und schon jetzt deutet sich an, dass die Dimensionierung des ganzen Innenstadtbereichs sehr wahrscheinlich zu gross gefasst wurde und wir dort im Stadtrat sehr rasch auch die entsprechenden Korrekturen diskutieren werden. Also Sofortmassnahmen für die Sicherheit. Das hat oberste Priorität. Aber nicht das ganze Verkehrsregime jetzt sofort ausser Kraft setzen. Das wäre auch nicht glaubwürdig.

Sarah Früh: Es freut mich, dass man jetzt hier noch etwas mehr dazu gehört hat. Die Beantwortung, so wie sie hier steht, gerade auch der Passus, dass man dort über die Strasse gehen soll, wo man sich sicher fühlt und nicht dort, wo man muss, finde ich, wenn ich an Kinder denke, etwas problematisch. Ich frage mich, ob man dies einschätzen kann und ich frage mich auch, wie es mit den älteren Leuten ist, die vielleicht nicht mehr so gut sehen oder hören oder beides, die vielleicht auch sonst irgendwie eingeschränkt sind. Ich muss wirklich sagen, dass für mich auch der Fussgängerstreifen etwas relativ Einfaches ist, wo man zeigen kann, wie, wo man sicher über die Strasse kommen kann. Ich kann nicht ganz verstehen, weshalb man alle ausradiieren musste. Im Übrigen wird man in der Stadt auch gefragt, weshalb es in der Begegnungszone jetzt so hellblaue Fussgängerstreifen gebe. Unter diesem Aspekt haben wir uns einfach überlegt, dass es dumm ist, wenn man etwas macht und es nachher gleich wieder rückgängig macht und gerade auch aus dem Kostenfaktor würde sich die gelbe Fraktion gerne bereit erklären, auch den Malereimer in die Hand zu nehmen und an diesen Stellen die Zebrastrifen, die gelben Streifen, wieder aufzupinseln.

Daniel Schneider: Ich bin froh, dass dieser Vorschlag nicht von der CVP gekommen ist. Sonst wären die Fussgängerstreifen schwarz. Ich bin ja ein grosser Fan der stadträtlichen Fotomontagen. Hier wieder eine. Eine sehr akademische Übung. Ich glaube, ich weiss sogar, aus welcher Stadt Ihr dies geklaut habt. Aber es zeigt ganz gut, dass Ihr es eben nicht kapiert habt. Wenn man dieses Bild anschaut, drängt man den Autofahrer Richtung Fussgänger. Das ist völlig falsch. Ihr müsst dem Fussgänger mehr Platz machen, also die Fahrzeuge in die Strassenmitte hinein generieren, damit dem Fussgänger mehr Platz gegeben wird, der dann eben vielleicht auch für dritte Nutzungen wieder Raum schafft und ich möchte noch einmal anregen, dass dort ganz viele Strassenbeizen, wenn sie dann die Bewilligungshürden hinter sich haben werden, auch noch platziert werden könnten. Ich glaube, das ist heute ein wenig etwas Wichtiges. Wenn ich Dir zuhöre, Martin, bin ich in der Regel guten Mutes. Nachher bin ich immer wieder enttäuscht, wenn ich dann sehe, was Ihr macht, wenn Ihr irgendwelche grauenhafte Waschbetontröge mit wahnsinnigen Bepflanzungen aufstellt. Ich glaube einfach, Ihr müsst vielleicht schon noch jemanden beiziehen, vielleicht nicht diejenigen, die Ihr immer beizieht. Ich komme mir etwas vor wie Rolf Sommer, wenn ich so etwas sage. Aber es sind halt

einfach ein paar abgeschossene Fachplaner unter Euch und vielleicht müsst Ihr dort schon einmal eine Rochade machen. Merci vielmals.

André Köstli: Ich habe jetzt lange zugehört. Was mir einfach vom Stadtrat her an das Parlament fehlt: Man müsste einmal ganz klar sehen, was man innerhalb der Tempo-20-Zone und was innerhalb der Tempo-30-Zone machen darf. Wo dürfen Fussgängerstreifen sein? Warum muss ein Fussgängerstreifen innerhalb einer Tempo-30-Zone weg? Hier sind zum Teil Bundesgerichtsentscheide vorhanden und mir scheint, diese Informationen hätten vom Stadtrat zu Händen von uns vielleicht einmal aufgezeigt werden sollen.

Thomas Rauch: Noch eine kurze Bemerkung im Anschluss an das Votum meines Vorsprechers. Gerade mit diesen Gesetzesartikeln und den Fussgängern, die verschwinden müssen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass nicht konsistent ist, was in der Stadt gemacht wird und es ist nicht einsehbar, weshalb man an einem Ort Fussgängerstreifen übermalt und an einem anderen macht man sie oder lässt sie stehen. Besten Dank.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich bin jetzt alles andere als eine Verkehrsplanerin oder Polizistin. Ich weiss einfach, dass es so ist, dass auf dem Fussgängerstreifen diejenigen, die zu Fuss gehen, Vortritt haben. Das wissen die Autofahrerin und der Autofahrer. Manchmal halten sie an. Dies einmal. Innerhalb von Tempo 20 haben prinzipiell diejenigen, die zu Fuss gehen, Vortritt. Wenn wir dort wieder Fussgängerstreifen anbringen, haben sie keinen Vortritt mehr. Dann kommt der Autofahrer oder die Autofahrerin und sagt: „Was macht jetzt die doofe Zwetschge? Wieso läuft sie einfach? Jetzt komme ich, weil der Fussgängerstreifen dort vorne und nicht hier ist. Deshalb können wir beim 20er ganz sicher keine Fussgängerstreifen machen. Beim 30er ist uns der Kanton weiss Gott schon etwas aufgesessen und hat gesagt: Jetzt schaut einmal Eure Tempo-30-Zone an. Diejenige, die Ihr jetzt auch angesprochen habt. Im Schöngrund oben, wo schon sehr lange Tempo 30 ist, hat es ich weiss nicht wie viele, wenn es überhaupt noch hat, und im Säli – das war ja das Letzte – und da seid Ihr ja darauf aufmerksam geworden, dass sie man dort entfernt hat, nachdem unsere Verkehrsspezialistin, Frau Schläfli, sich auf die Lauer gelegt und wirklich beobachtet hat, wo auf der Sälistrasse Kinder und Erwachsene über die Strasse gehen. Sie ist ziemlich ernüchtert gekommen und hat gesagt: Sie gehen fast überall, ausser dort, wo sie eigentlich müssten. Wir haben dort dann nicht leichtfertig Fussgängerstreifen entfernt. Es sind dann aber Eltern zu uns gekommen, und das ist Sälistrasse südwärts, und konnten glaubhaft versichern, dass sie wirklich alle zusammen ihren Kindern sagen, sie sollen oben an der Abzweigung Gartenstrasse über die Strasse gehen, weil Sälistrasse/Gartenstrasse eine Sammelstrasse ist und dort hat es noch mehr Verkehr. Aber oberhalb ist es ruhiger. Weil sie uns dies sagen konnten, dass sie die Kinder wirklich so vorbereitet haben und es kommen ja jedes Jahr wieder neue dazu, wie Rolf gesagt hat, haben wir gesagt: Also gut, setzen wir uns über den Kanton hinweg und legen dort wieder einen an und zwar, damit wir es kommunizieren können, bevor die ersten Kleinen jetzt wieder neu zur Schule gehen, also auf das neue Schuljahr. Deshalb hat es dort wieder einen neuen. Eure Aktivitäten in Ehren. Ich mag solche Sachen. Aber wir können es aus Sicherheitsgründen wirklich nicht so machen. Das ist einfach, was ich Euch zu den Fussgängerstreifen so sagen kann. Und Tempo 20 und warum wir sie an einigen Orten bei Tempo 30 wieder hinein getan haben.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte gleichwohl noch einmal beim Stadtpräsidenten, bei Frau Schelbert oder beim Stadtrat allgemein nachhaken. Eine schnelle Redimensionierung: Wenn es so offensichtlich und die Meinung so klar ist, dass an einigen Orten das Tempo 20 oder die Begegnungszone einfach nicht am Platz ist, wäre dann so etwas nicht möglich? Hier sollte man doch über die Bücher gehen und auch schnell reagieren können.

Stadtrat Dr. Martin Wey: Ich gebe zu, dass es keine befriedigende Antwort ist. Der Stadtrat überprüft dies und sieht ja jetzt selber auch, wo eine Begegnung in diesem Sinne nicht stattfinden kann. Jetzt ist es gerade ein Monat her, seit wir es eingeführt haben. Ich denke einfach, der Stadtrat sollte jetzt nicht gerade sofort reagieren und die Redimensionierung machen müssen. Ich finde, Sicherheit ist richtig. Aber gerade zu redimensionieren, dann fangen

wir einmal mit einer Strasse an und dann wieder die nächste. Wir möchten wirklich eine Gesamtbetrachtung machen. Sie muss selbstverständlich nicht ein Jahr dauern. Sie muss früher kommen, damit man sieht, das ist ein Ärgernis. Aber jetzt gerade schon übermorgen umzukehren, denke ich, dass wir im Stadtrat natürlich diskutieren werden und auch wieder über die Bücher gehen. Aber ich denke, grundsätzlich sofort zu ändern, ist vielleicht etwas schwierig.

Heinz Eng: Ich möchte hier nicht schon an der ersten Sitzung als Apéroverzögerer in die Annalen eingehen. Aber ich möchte doch noch etwas von einer anderen Blickrichtung aus sagen und Herr Stadtpräsident hat es eigentlich gesagt. Es gibt in Olten auch ein gutes Beispiel und zwar die Tannwaldstrasse. Ich bin täglich mehrfacher Benützer der Tannwaldstrasse. Das ist jetzt eigentlich die Hauptstrasse der Studenten, die an die Fachhochschule gehen. Wenn die Trauben kommen, nehmen sie diese Strasse komplett in Beschlag. Ich habe als Velofahrer sogar manchmal noch Mühe, herum zu kurven. Dort kommt kein Auto zu schnell. Nichts. Sie fahren im Schrittempo, schleichen oder stossen es vielleicht schon. Aber diese Strasse gehört den Fussgängern. Ich glaube, das ist ein Challenge, auch hier in der Begegnungszone. Nicht wieder anfangen, Fussgängerstreifen zu malen, sondern die Begegnungszonen müssen jetzt eben mit Leuten gefüllt werden, was ja auch in unserem Interesse ist. Sie müssen belebt werden usw. Dann werden auch die Autofahrer sagen: So viele Fussgänger. Das ist eine belebte Strasse. Hier bin ich fehl am Platz. Ich stelle mein Auto vorher in den Parkhäusern ab und gehe zu Fuss, mit dem Velo oder was weiss ich. Das ist der Challenge. Das muss uns gelingen. Sonst können wir nachher in drei, vier Jahren die Begegnungszone aufheben und einen 80er machen.

Daniel Dähler: Ich möchte vor allem dem Stadtrat noch etwas Mut zusprechen, dass er effektiv, wenn man es jetzt etwas auf Bauerndeutsch sagt oder dem Sprichwort nachgeht, jetzt wirklich einmal Eier zeigt und halt wirklich konsequent umsetzt, was man als Gefühl hat und nicht, dass man versucht, irgendwie in der Situation zu verharren. Ich glaube, es ist offensichtlich so, wie es Roland Rudolf von Rohr gesagt hat. Die Begegnungszone ist aufgrund eines gewissen Aktivismus, der noch in der letzten Periode in diesem Sinne stattgefunden hat, leicht übergeuert. Dann könnt Ihr ja ihnen noch die Schuld geben. Aber macht es jetzt so konsequent, wie Ihr das Gefühl habt, dass es richtig ist. Dass Ihr dort, wo die Begegnung stattfinden kann, dort, wo sie möglich ist, dies wirklich auch konsequent umsetzt und dort wo es halt suboptimal ist, wirklich auf eine 30er-Zone zurückführt. Ich glaube, jetzt ist es wirklich auch an Euch. Ich habe mich zurückgehalten und dort, wo Du, Martin, gesagt hast: Ja, wir diskutieren dies dann im Stadtrat, ist es für mich schon wieder etwas zu lau geworden. Diskutiert es, entscheidet und steht dahinter. Trefft die richtigen Entscheidungen. Versucht vor allem, das Volk zu spüren. Ich verstehe nicht, weshalb man das Volk nicht gleich gespürt hat. Als man zwischen Stadthaus und Magazin die Zebrastreifen entfernt hat, war die Aufruhr sehr gross. Dass man einfach blindlings weitermacht, ist einfach schade. Hier ist meine Hoffnung nach wie vor noch da. Der neue Stadtrat hat wirklich diesen Mut und spürt vor allem auch das Parlament wie auch das Volk, wohin es gehen soll.

Thomas Rauch: Zum Teil hätte ich die Antwort gerne etwas spezifischer gehabt. Aber ich messe den Stadtrat dann vor allem an dem, das man sieht, das umgesetzt ist.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herr Adrian Balz
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

Parlamentspräsident Dieter Ulrich: Wir sind heute erfreulicherweise deutlich unter drei Stunden geblieben. Damit wir allerdings nicht ungewohnt früh nach Hause kommen, gibt es jetzt im Foyer noch den Apéro. Ihr seid alle herzlich eingeladen, auch die Gäste und Pressevertretungen. Besten Dank.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.